

Terror im Nordirak

Schnelle humanitäre Hilfe gefordert

Vom 8. bis 11. Januar weilten vier Europaabgeordnete aus vier europäischen Ländern im Nordirak, um sich über die Situation der Flüchtlinge ein Bild vor Ort zu machen. In Erbil, der Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan, trafen sie sich mit der Kurdischen Regionalregierung sowie kurdischen und christlichen Parlamentariern. Sie besuchten Dörfer (Eski Kalak, Lalesh, al Qosh, Hawres), in denen Minderheiten wie die Shabak-Minderheit, die Jesiden sowie Christen und Armenier leben. Diese werden besonders von ISIS-Terroristen bedroht. Im Flüchtlingslagers in Dohuk sowie in Hawresk, einem Sammelpunkt der Vertriebenen, machten sie sich ein Bild von der Lage der Vertriebenen. Wir sprachen mit der deutschen Europaabgeordneten Cornelia Ernst (Die LINKE), die mit den Sozialdemokraten Josef Weidenholzer (Österreich) und Ana Gomez (Portugal) sowie der Liberalen Marietje Schaake (Niederlande) vor Ort war.

Warum sind Sie in den Nordirak gefahren?

Diese Reise wurde nicht vom Europaparlament organisiert. Wir haben sie selbst organisiert, um uns ein eigenes Bild von der Situation der Flüchtlinge, insbesondere der Jesiden, zu machen. Wir kennen schon lange einige Leute, die sich vor Ort auskennen und in die die Menschen vor Ort Vertrauen haben. So eröffneten sich für uns Wege und Zugänge abseits öffentlicher Pfade. Schließlich ging es uns ja darum zu erfahren, ob die Hilfen ankommen und ob sie ausreichen.

Was haben Sie dort erfahren?

Die IS agiert faschistisch-terroristisch. Die IS-Terroristen haben über 5.000 Frauen und Kinder verschleppt. Einige von ihnen, mittlerweile über 500, konnten wieder freigekauft werden. Diese haben Schreckliches erlebt, sie sind schwer traumatisiert.

Zwei Jesidische Frauen, die sich befreien konnten, erzählten uns, was geschehen war. Beide kamen aus dem Sindjargebirge, eine 35, die andere 17 Jahre alt. Sie erzählten, dass die Frauen ihres Ortes, in dem insgesamt 1.660 Menschen lebten, zusammengetrieben wurden. Frauen und Männer wurden selektiert, die Frauen wurden in drei Gruppen (Alte, Frauen mit Kindern, junge Mädchen) eingeteilt. Täglich fand eine Kaufmesse zum Verkauf der Frauen und Mädchen statt. Sie wurden - als Haussklaven oder Sexobjekte - in islamische Staaten wie Saudi Arabien, Pakistan, Katar, Syrien oder Usbekistan verkauft. Beide Frauen waren tagelang in Einzelhaft untergebracht. Sie wie auch viele andere Frauen unternahmen – zum Teil mehrmals - Ausbruchversuche, um zu entkommen. Sie wurden aber von Leuten verraten und wieder zurückgebracht.

Eine der Frauen berichtete, dass sie bei einer australischen Familie untergebracht war. Ein Emir der Terroristen verlangte in Anwesenheit seiner Frau von ihnen binnen 3 Tagen ihrer Religion abzuschwören. Mädchen im Alter von 10 oder 12 Jahren wurden vergewaltigt und geschwängert.

Wir haben auch mit Männern gesprochen, die über das Schicksal gefangener Männer sprechen konnten. Sie haben versucht Hilfe zu holen, wurden aber von der Peschmerga nicht unterstützt. Es habe Massenerschießungen nach dem Vorbild faschistischer Hinrichtungen gegeben. So existiert ein Massengrab in der Nähe des Dorfes Koschka, in dem 420 Menschen ermordet wurden.

Die jesidische Gemeinde hat eine Kommission installiert, die Gelder zum Freikauf für von den Terroristen gekidnappte Mädchen und Frauen sammeln. Im Schnitt kostet eine Frau 1.500 Dollar.

Alle, die mit uns über das Schicksal dieser Menschen sprachen, baten uns eindringlich, uns dafür einzusetzen, dass die befreiten Mädchen und Kinder medizinische und psychologische Hilfen, aber auch materielle Hilfen dringend brauchen. Meist sind deren Familien tot oder leben als Vertriebene in irgendwelchen Flüchtlingscamps.

Was ist nötig?

Im kurdischen Irak mit einer Einwohnerzahl von 5 Mio. haben 1,6 Mio. Binnenvertriebene und 230.000 syrische Flüchtlinge Asyl gefunden. (Hinweis: Sachsen hat bei 4,4 Mio. Einwohner 5.800 Asylsuchende in 2013 und ca. 12.000 in 2014 aufgenommen.) Ganze Dörfer wurden ausgelöscht oder von den Terroristen okkupiert, ein Rückkehr in die Ursprungsgebiete nicht möglich.

Die Einwohner aus diesen Orten haben diese Region zumeist noch nie verlassen. Ihr erstes Interesse und Ziel ist es nicht, das Land zu verlassen und nach Europa zu kommen. Sie wollen in ihrer Heimat leben. Aber dafür braucht es Voraussetzungen. Materielle, ärztliche und soziale Hilfe, dringend. Gegenwärtig leben sie derzeit bei Minusgraden in Zelten, haben zum Teil weder Schuhe noch ausreichend Lebensmittel zur Verfügung und die Kinder besuchen keine Schule. Die Behörden vor Ort sind überfordert.

Welche Vorschläge haben Sie, welche Forderungen stellen Sie?

Da die Regierung in Bagdad diesen Menschen in keiner Weise Hilfe zukommen lässt, ist es unsinnig, auch nur einen Cent für Hilfen nach Bagdad zu überweisen. Es muss vor Ort in Kurdistan geholfen werden. Dabei geht es nicht um Waffen, sondern um Hilfe bei der Wiederansiedlung, beim Aufbau von Dörfern, um medizinische Betreuung, den Aufbau von Schulen, die Zusammenführung vertriebener Familien, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. In den inoffiziellen Lagern fehlt es an essen, Bekleidung.

Abgesehen davon muss klar gesagt werden: Wer von dort flieht, hat einen triftigen Grund. Wenn man sich in Europa gegen diese von den ISIS-Terroristen geflohenen Menschen nicht kümmert, ist das fahrlässig und spricht dem Antiterrorkampf, der gegenwärtig so beschworen wird, Hohn. EU und Mitgliedsstaaten müssen daher zügig Mittel für diese Flüchtlingslager, die von der Zentralregierung keinerlei Hilfe erhalten, bereitstellen.

Die von der EU bisher über das [Echo-Programm](#) bereitgestellten 60 Mio. Euro reichen angesichts der Dimension bei weitem nicht aus. Diese Mittel müssen erhöht bzw. weitere Hilfsprogramme aufgelegt werden. Es müssen Fachleute gewonnen werden, die beim Wiederaufbau helfen.

Sonst haben die Betroffenen keine Perspektive mehr im Irak.

Deutschland sollte deshalb ein Programm auflegen, das sich um die von den ISIS-Terroristen betroffenen Opfer vor Ort kümmert. Die traumatisierten Frauen, die entführt und wieder zurückgekauft wurden, müssen therapeutisch behandelt werden. Wenn dies vor Ort nicht zu leisten ist, müssen diese Frauen vorübergehend nach Europa in Sicherheit gebracht werden und hier die entsprechenden Behandlungen erhalten. Dies würde in der konkreten Situation viel helfen.